

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abzugspreis: Durch unsere Seiten
einmal monatlich 50.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Postämter
für die Anzeiger des Erzgebirges
an. — Erscheint wochentags.
Preis pro Anzeiger Nr. 23.
Telegraphische Anzeiger-Verlag.

Anzeigenpreis: Die Anzeigerpreise
bestimmen sich nach dem Raum und
Lage. — 4.00 Mark, zweifache
Anzeigen 8.00 Mark, dreifache
12.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1494

Nr. 175

Sonnabend, den 29. Juli 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Seit gestern mittag spricht man in Berlin von einer Entspannung des Konflikts mit München. Man hofft, in Kürze zu einem Kompromiß zu kommen.

Reichspräsident Dr. Simons wird seine Amtsgeschäfte am 1. Oktober übernehmen. Reichspräsident Ebert beabsichtigt die Einführung des neuen Reichspräsidenten persönlich vorzunehmen.

Die englische Regierung hat einen offiziellen Bericht über das Ergebnis der Haager Konferenz herausgegeben, der sich sehr pessimistisch über die Möglichkeiten des Wiederaufbaues Rußlands ausdrückt.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorübergehend auf 600.

Ein gefährlicher Streik.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Das Wort Streik hat längst keine Schrecken für uns verloren. Wir haben uns in den letzten Jahren selbst daran gewöhnt, daß solche Streiks, die uns unmittelbar betreffen, und unbequem werden, wie die Arbeitsniederlegung der Gas- und Elektrizitätswärker, nur noch mit einem Kopfschütteln und einem fatalistischen Achselzucken ohne besondere Aufregung zur Kenntnis genommen werden. Nur die ganz großen Verkehrsstreiks der Eisenbahner, die wir auch wiederholt durchkosten mußten, machten noch besonderen Eindruck, weil die Schädigung, die die Allgemeinheit durch sie erlitt, allzu offen zutage trat. Nun tritt seit vier Wochen an der Wasserfront ein großer Schiffsahrtsstreik, der in dieser Hinsicht mit einem Eisenbahnstreik im Inlande verglichen werden kann. Er legt ebenfalls wieder die gesamte Verkehrs- — nur zur See — still und macht den Austausch von Gütern und die Reisen nach dem Ausland auf deutschen Schiffen unmöglich. Das ist in gegenwärtiger Zeit um so gefährlicher, als die deutsche Handelsflotte eben erst anfängt, wieder in Gang zu kommen und im schweren Kampf gegen die erdrückende Auslandskonkurrenz naturgemäß eine längere Stilllegung viel schmerzhafter empfinden muß als jede andere Unternehmung, die in sich abgeschlossen ist.

Der Schiffsahrtsstreik hat seinen Ausgang von den Forderungen der Schiffingenieure und Seemaschinisten genommen. Diese für die Schiffsahrt natürlich unentbehrlichen Angestellten machen geltend, daß ihre Entlohnung, die im Höchstfalle nur 5500 Mark monatlich betrug, nicht nur an sich zu gering, sondern dadurch gänzlich unzureichend sei, daß die deutschen Seeleute gezwungen wären, auf längeren Fahrten zahlreiche Bedürfnisse in ausländischen Ländern zu decken. Sie kämpfen außer um Lohnerhöhung auch noch für eine Bezahlung von Überstunden, weil ihre Arbeitskraft besonders ausgenutzt werde und sie nicht selten zu 12 bis 14 Stunden mit schwerer Arbeit beschäftigt werden. Die deutschen Schiffingenieure und Seemaschinisten sind in einem Verband zusammengeschlossen, der nach vergeblichen Verhandlungen mit den angeseheneren Reedereien vor vier Wochen den Streik verkündete. Dadurch wurden auch die Seehafenplätze außerhalb Hamburgs, wo die Bewegung zuerst begann, in Mitleidenschaft gezogen. Es schloß sich auf Arbeitsschmerz der Zentralverband der Maschinisten und Seizer und auf Arbeitgeberseite der Hamburger Arbeitsgeberverband in die Verhandlungen ein, und die Lage ist die neu erstehende deutsche Seeschiffahrt wurde immer bedrohlicher. Endlich kam vor wenigen Tagen zwischen den Vertretern der Reedereien und der Arbeitsschmerzverbände nach langen Auseinandersetzungen eine Vereinbarung zustande, die von den beteiligten Führern beider Lager trotz Ausstellungen und Bedenken für annehmbar gehalten wurde. Der gefährliche Streik schien schon beendet, als im letzten Augenblick die Arbeitnehmer ihren Verhandlungsführern die Verweigerung verkagten und die Vereinbarung verworfen. Wer Hamburger Lohnkämpfe aus früheren Zeiten kennt, weiß ohne weiteres, daß mit dieser Ablehnung einer Einigung der ganze Streitfall nur zu leicht in eine Machtkrise ausarten kann, die dann bis zum bitteren Ende durchgekämpft zu werden pflegt ohne Rücksicht auf den unermesslichen Schaden, den sie der gesamten deutschen Volkswirtschaft zufügt.

Tiefen Schaden vermögen selbst ausgesprochene Randkrieger zu ahnen. Die Einstellung des Schiffsahrtsverkehrs bringt die Reeder, denjenigen Passagieren, die

deutsche Schiffe zur Ausreise benutzen wollten, nunmehr Fahrgelegenheit unter fremder Flagge zu den hohen Kosten fremder Währung zu verschaffen. Ferner können die bereits an Bord genommenen Güter nicht zum vertraglich festgesetzten Termin geliefert werden. Ein Teil derselben dürfte verderben, ein anderer von den Einfuhrgebern später wegen veräußerter Lieferfrist zurückgewiesen werden. Vor allem aber wird in einer Zeit schärfsten Wettbewerbs zwischen den Reedereien aller fortgeschrittenen Nationen der Welt die neu entstehende deutsche Handelsflotte in ihrem Renommee aufs allerschwerste gefährdet, weil sie den alten Ruf deutscher Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit verliert.

Wir können hier unmöglich entscheiden, auf welcher Seite die Hauptschuld an dieser ungeheuren Schädigung der deutschen Schiffsahrt und damit der deutschen Volkswirtschaft und des deutschen Handels liegt. Die Reedereien behaupten, daß sie in den letzten Verhandlungen bis an die äußerste Grenze des Überhaupt noch Tragbaren gegangen seien. Sie haben in der Tat sehr erhebliche Zuschläge auf die Gewerke bewilligt. Die Einzeibezahlung aller auf See geleisteten Überstunden lasse sich nicht durchführen. Beweis dafür sei, daß alle großen schiffahrtstreibenden Nationen eine solche Bezahlung der Überarbeit entweder von vorn herein abgelehnt oder auf Grund der schlechten Erfahrungen, die sie damit gemacht hätten, wieder abgeschafft hätten. Auf großen Ueberseebahnen komme die Überstundenvergütung überhaupt nicht in Betracht, da genügend Personal dort vorhanden sei; nur kleinere und reparaturbedürftige Schiffe seien aus Mangel an Verdienstmöglichkeit zur Ausdehnung der Arbeitszeit ihres Personals genötigt. Demgegenüber weisen die Arbeitnehmer auf die restigen Daseins der Reedereien hin und verlangen, daß der normale achtstündige Arbeitstag nach seiner gefälligen Einführung in Deutschland auch auf deutschen Schiffen durchgesetzt werden müsse. Zwischen diesen gegensätzlichen Anschauungen scheint im Augenblick keine Ueberbrückung möglich. Wenn nicht die Arbeitsbedürfnisse vermittelnd und schlichtend eingreifen, können die ausländischen Reedereien noch auf lange hinaus zum Schaden des deutschen Wirtschaftslebens Nutzen aus dem Kampfe ziehen.

Besonders bemerkenswert ist auch bei diesem Streik wieder, daß die radikalisierten Massen den Bestrebungen ihrer Führer keine Folge mehr leisten. Der Vergleich, der zwischen den Bewohnern der See- und Schiffsahrtsangehörigen nach vierzehntägiger Verhandlung schriftlich festgelegt und namentlich unterzeichnet worden war, wird von den radikalisierten Massen verworfen. Ähnlich wie beim letzten Berliner Buchdruckerstreik und bei den jüngsten Ueberseebahnerverhandlungen in Essen erwelken sich die Gewerkschaftsführer mit ihrer besseren Einsicht machtlos. Hier liegt der gefährlichste Punkt des ganzen Streikfalles. Die Gewerkschaften müssen die Massen wieder zur Disziplin und zur Unterordnung unter den Willen der selbstgewählten Führer erziehen. Wenn das nicht gelingt, wird das deutsche Wirtschaftsleben immer mehr zerrüttet und seine Wiedergesundung verhindert.

Der Brief des Reichspräsidenten an Lerchenfeld.

Die gefährdete Reichseinheit.

Das dem bairischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld gestern vormittag durch Graf Beth überreichte Schreiben des Reichspräsidenten hat folgenden Wortlaut:

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident! Die Einnahme der bairischen Staatsregierung zu dem Gesetz zum Schutze der Republik erfüllt mich mit erster Sorge und zwingt mich, Ihnen folgendes mitzuteilen. Die von der bairischen Regierung zu diesem Gesetz erlassene Verordnung steht nach meiner und der Reichsregierung Auffassung und Ueberzeugung in Widerspruch mit der Reichsverfassung. Sie stellt eine schwere Störung der deutschen Reichseinheit dar, die bei ähnlichen Schritten auch anderer Länder den Bestand des Reiches gefährden müßte. Aus meiner Aufgabe als Hüter der Reichsverfassung und des Reichsgedankens erwächst mir daher die Pflicht, gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung auf die Aufhebung der bairischen Verordnung hinzuwirken. Ich möchte zu diesem mit nach der Verfassung vorgesehenen Schritt mich erst dann entschließen, wenn ich die Ueberzeugung gewinnen, daß auch die letzten Mittel zu einer Verständigung über eine schnelle Beilegung dieses Konfliktes erschöpft sind. Ich bitte Sie daher, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, im Interesse unseres deutschen Volkes und Landes, das uns beiden gleichermaßen am Herzen liegt, nochmals, in Ermüdungen einzusetzen, ob es nicht möglich er-

scheint, Ihnen und mir diesen so unerwünschten Schritt zu ersparen.

Ich benutze die Gelegenheit, um gegenüber den in Berlin aufgekauften Besürchtungen mit Nachdruck zu betonen, daß die Auffassung durchaus irrig ist, in dem Gesetz werde die systematische Beseitigung der bairischen Hoheitsrechte eingeleitet. Die aus der schwersten Not der Gegenwart hervorgehenden und nur für einen gemessenen Zeitraum geltenden Bestimmungen sind Lebensnotwendigkeiten unseres bedrohten staatlichen Daseins. Sie sollen und können aber in ihrem Vollzug in keiner Weise den staatlichen Charakter der einzelnen Länder beeinträchtigen, der, in der Reichsverfassung fest begründet, gerade die Stärke des Reiches darstellt und dessen Wahrung während der Dauer meiner Amtsführung ich mir zur besonderen Aufgabe gemacht habe. Zur beschleunigten Klärung der innen- und außenpolitisch gleichermäßen gefährdeten Lage und angesichts der mir aus der Reichsverfassung obliegenden Verpflichtung darf ich mir die Bitte erlauben, mir in nächster Woche Ihre Antwort zugehen zu lassen. Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Hochachtung. Ihre ergebener (ges.) Ebert.

Es ist aufs dankbarste zu begrüßen, daß der Reichspräsident mit seinem ganzen Ansehen, das er auch in Bayern genießt, in die Sache bringt, die sich zwischen dem Reich und Bayern aufgetan hat. Der Reichspräsident wäre gewiß nicht aus der taubstummen Zurückhaltung, die ihn auszeichnet und die ihm in allen Parteilagern hoch angedacht wird, herausgetreten, wenn er nicht der Ansicht wäre, daß zwingende Not ihn rufe, und daß er sich von seinem persönlichen Eingreifen nicht eine Wiederanbahnung vertrauensvoller Beziehungen versprechen würde. Auch er kann natürlich nicht anders, als die bairische Verordnung als der Reichsverfassung widersprechend zu erklären. Die Art und Weise aber, wie er sich als Hüter des Reichsgedankens und zugleich als Hüter der Rechte der deutschen Länder hinstellt, kann in Bayern nicht ohne Eindruck bleiben, um so weniger, als er gleichzeitig mit dem ganzen Gewicht, das ihm sein Amt verleiht, betont, daß von einer Beseitigung bairischer Hoheitsrechte nicht die Rede sein kann. Die eindringliche, ruhige und würdevolle Sprache des Reichspräsidenten in seinem Schreiben, das ein Dokument der Friedfertigkeit auch der Reichsregierung ist, ist geeignet, der bairischen Regierung das Einlenken zu erleichtern und selbst einen gangbaren Ausweg zu suchen, der bei allseitigen guten Willen gefunden werden kann und muß.

Kompromißverhandlungen.

Reichsfinanzminister Beth begibt sich am Sonntag nach München zurück, um seine Einigungsbemühungen zwischen Berlin und München fortzusetzen. Der Reichspräsident empfing Donnerstag früh den bairischen Gesandten v. Prager und später den Abgeordneten Hermann Wüller-Frankenberg im Namen des Ueberwachungs Ausschusses die Einberufung des Reichstages nahelegte. Wie zuverlässig verkauft, hat sich der Kanzler im jetzigen Stadium des Konfliktes mit München gegen einen sofortigen Zusammenritt des Reichstages ausgesprochen.

Die Haltung der Gewerkschaften.

Im Berliner Gewerkschaftskartell wurden Donnerstag früh die Besprechungen über eine gewerkschaftliche Aktion gegen Bayern fortgesetzt. Zu einem Beschluß ist infolge großer Widerstände innerhalb des Kartells nicht gekommen. Man einigte sich schließlich dahin, weitere Beratungen zu vertagen, bis Maßnahmen des Reiches gegen Bayern erfolgt seien.

Eine neue französische Note.

Frankreich stellt neue Gewaltmaßnahmen in Aussicht.

Auf die Note, die die deutsche Regierung im Zusammenhang mit dem Moratoriumsgesetz vom 12. Juli den beteiligten alliierten Regierungen wegen der Darstellungen im Ausgleichsverfahren und in den Urteilen der gemischten Schiedsgerichte (Artikel 297c) übermittelte, ist die Antwort der französischen Regierung eingegangen. Darin werden die deutschen Vorschläge, die dahin gehen, die in dem Londoner Abkommen vom 10. Juni 1921 vereinbarten monatlichen Rauszahlungen von 2 Millionen Pfund Sterling zur Abdeckung der Teilschulden im Ausgleichsverfahren von 500 000 Pfund Sterling abzusehen und Vorfrage dafür zu treffen, daß auch den Schiedsgerichtsurteilen, die vereinbarungsgemäß in erster Linie aus dem Erlös des liquidierten deutschen Eigentums erfüllt werden sollen, für die Dauer des Moratoriums keine Zahlungen gefordert werden,